

Rolf Bolwin  
Geschäftsführender Direktor des Deutschen Bühnenvereins

Vortrag anlässlich des Parlamentarischen Abends des Landesverbands Baden-Württemberg am 9. November 2016

Meine sehr verehrten Damen und Herren,

als der Schauspieler Ernst-Josef Aufricht 1927 das Theater am Schiffbauerdamm übernehmen wollte, fehlte ihm - wen überrascht das - nur eines: Geld. 50.000 Mark sollte er unter anderem beim Berliner Polizeipräsidenten als Kautions für die Theaterkonzession hinterlegen. Um für die delikate Angelegenheit eine Regelung zu finden, hatte sich Aufricht bei dem Berliner Bankier Herzfeld in dessen Privatbüro, Unter den Linden 21, einzufinden. Als Aufricht das Büro Herzfelds betrat, eröffnete dieser das Gespräch mit folgenden Sätzen:

„Ihr Vater hat Sie bei mir für 100.000 Mark akkreditiert. Er hat mich ebenfalls angewiesen, in Ihrem Namen 50.000 Mark als Kautions beim Polizeipräsidenten zu hinterlegen und Ihren Pachtvertrag mit den Eigentümern des Theaters am Schiffbauerdamm zu garantieren. Darf ich jetzt bitten, mir zu folgen.“ Herzfeld ging voraus, führte Aufricht in ein Klosett und sagte: „Wenn ich Ihnen das Geld bar auszahle und Sie werfen es hier hinein und ziehen“, er zog, „dann ist es weg und Sie haben keinen Ärger gehabt. Wenn Sie damit ein Theater eröffnen, ist es auch verloren und Sie werden viel Ärger haben.“

Aufricht tat, was jeder Theaterleiter tut: Er nahm das Geld. Damit war der Pachtvertrag über das Theater am Schiffbauerdamm perfekt. Wenig später, nämlich am 31. August 1928, wurde unter Aufrichts Leitung das Theater am Schiffbauerdamm feierlich wiedereröffnet und zwar mit einem Stück, das ein Welterfolg werden sollte, der „Dreigroschenoper“ von Bertolt Brecht.

Mit dieser Anekdote können wir nun zwanglos zum Thema des heutigen Abends überleiten, nämlich der Frage: Was braucht die Kunst? Die Antwort liegt auf der Hand. Erstens - natürlich - ein künstlerisch erfolgreiches Produkt. Zweitens Geld, und zwar mangels eigener Mittel in der Regel leider solches, was einem nicht gehört. Und drittens ein geeignetes Theatergebäude. Spätestens mit Letzterem wird klar, dass wir mitten in Baden-Württemberg sind. Stuttgart und Karlsruhe lassen herzlich grüßen. Doch der Reihe nach.

Es ist ja kein Zufall, dass ich bei der soeben gemachten Aufzählung mit der Kunst begonnen habe. Ohne sie geht nichts. Wir müssen uns also als Erstes fragen, was das Theater soll. Wer nicht weiß, warum er Theater macht, sollte es lassen. Als wir vor wenigen Tagen mit dankenswerter Unterstützung des Landes Baden-Württemberg, der Kulturstiftung der Länder und der Stadt Freiburg in dem dortigen wunderbaren von Barbara Mundel geleiteten Theater den Deutschen Theaterpreis DER FAUST vergeben haben, hat der Oberbürgermeister der Stadt, Dieter Salomon, etwas Wesentliches zum Theater gesagt: „Theater ist Auseinandersetzung mit der Wirklichkeit, künstlerische Auseinandersetzung mit Wirklichkeit. Und mehr Anlass, dieses zu tun, gibt es glaube ich im Moment nicht, wenn man anschaut, wie die Wirklichkeit sich gestaltet. Die Welt, so scheint es, ist aus den Fugen geraten.“

Also geht es darum, das wir in der Gesellschaft öffentliche Räume brauchen, in denen die Menschen gemeinsam zur Reflexion ihrer Wirklichkeit, der politischen, gesellschaftlichen und persönlichen Fragen, die das Leben an uns stellt, angehalten oder vielleicht besser ermutigt werden. In denen sie gemeinsam erdenken und erfühlen, was mit ihnen und um sie herum passiert. Und diese öffentlichen Räume können nur die Kulturräume sein, Kulturräume wie Theater, Konzerthallen und Museen, kulturelle Zentren und Kleinkunsth Bühnen. Dabei geht es auch um die Zukunft von Stadt. Mehr als die Hälfte aller Menschen weltweit lebt schon heute in Städten. Soeben hat die UNESCO in ihrem Weltbericht „Kultur: Urbane Zukunft“ die Unverzichtbarkeit von Kunst und Kultur für den sozialen Zusammenhalt und den Dialog zwischen den gesellschaftlichen Gruppen betont. Karin von Welck, Vorstandsmitglied der Deutschen UNESCO-Kommission, hat es auf den Punkt gebracht: „Kultur ist die DNA einer Stadt. Kulturelles Erbe trifft hier auf zeitgenössische Kunst und Kultur. Zusammen sind sie Herzschlag urbaner Weiterentwicklung und Innovation....Kultur muss integraler Bestandteil von Stadtentwicklungsstrategien sein, um urbane Räume nachhaltig zu entwickeln...“. Die Stadt ist eben mehr als ein Ballungsraum. Sie ist ein soziales Gefüge der unterschiedlichen dort lebenden Menschen. Diese Menschen müssen wir mit dem kulturellen Austausch, ja mit dem Dialog der verschiedenen Kulturen der Welt in den Räumen der Stadt zusammenführen. Darum geht es. Und das Großartige an der Kunst, vor allem am Theater ist, dass das auf spielerische Weise geschieht, ganz im Sinne von Schillers Briefen über die ästhetische Erziehung: „Der Mensch spielt nur, wo er in voller Bedeutung des Wortes Mensch ist, und er ist nur da ganz Mensch, wo er spielt.“

In einem der ersten Papiere, die der Bühnenverein in meiner jetzt fast 25 Jahre währenden Amtszeit als Direktor dieses Zusammenschlusses fast aller öffentlich getragenen Theater und Orchester, zahlreicher Privattheater und diverser Theaterfestivals vorgelegt hat, stand deshalb schon damals der Satz: Kultur ist eine öffentliche Aufgabe, die einer öffentlichen Finanzierung bedarf. In Deutschland heißt das, dass etwa 9 Milliarden Euro für die Kultur, davon etwa 2,7 Milliarden für Theater und Orchester an öffentlichen Mitteln zur Verfügung stehen. Das ist eine stattliche Summe, für die der öffentlichen Hand in ihrer Gesamtheit im Sinne aller Kulturschaffenden sehr zu danken ist. 9 Milliarden sind aber auch nur etwa knapp 1 Prozent aller öffentlichen Ausgaben. Das bringt uns bei allen Problemen der öffentlichen Haushalte nicht um. Sicher, der größte Teil dieser Ausgaben wird von Ländern und Kommunen getragen. Umso wichtiger ist es, dass diese aus dem Steueraufkommen mit ausreichenden Mitteln ausgestattet werden, um ihre vor allem sozialen, aber zugleich auch kulturellen Aufgaben bewältigen zu können. Die Kulturhoheit der Länder - und damit auch ihrer Kommunen - ist keine Einbahnstraße. Regionale Kompetenzen einerseits bedeutet andererseits auch eine angemessene Verteilung der Haushaltsmittel zugunsten dieser Kompetenzen.

Was nun geschieht im Theater und Orchester mit dem öffentlichen Geld? Gerne wird immer wieder behauptet, man subventioniere damit etwa jede Theaterkarte mit durchschnittlich ca. 120 Euro, was mancherorts im Übrigen auf deutlich höhere Beträge hinauslaufen kann, etwa in strukturschwachen Regionen. Gerade da ist aber ein kulturelles Angebot besonders wichtig. Nun wird eine Behauptung ja nicht dadurch richtiger, dass man sie stets aufs Neue wiederholt. Man kann es nicht laut genug sagen: Auch in einem deutschen Stadttheater, Staatstheater

oder einer Landesbühne werden mit einem Durchschnittspreis von knapp 26 Euro die Eintrittskarten zu Marktpreisen verkauft. Und um Subvention geht es schon gar nicht. Das Theater oder das Orchester ist kein maroder Betrieb, der künstlich durch öffentliche Mittel am Leben erhalten werden muss. Nicht umsonst hat die Europäische Union, die sich ja ein scharfes Subventionsverbot zu eigen gemacht hat, soeben praktisch entschieden, dass Kulturausgaben der öffentlichen Hand nicht unter dieses Subventionsverbot fallen.

Nein, das öffentliche Geld wird ausgegeben für nichts anderes als die Kunst. Dabei geht es vor allem ums Personal. Theater sind - das liegt in der Natur der Sache - personalintensive Betriebe. Nehmen wir Baden-Württemberg. Mit rund 320 Millionen Euro öffentlicher Finanzierung werden in den hiesigen Theatern und Orchestern weit mehr als 5000 Mitarbeiter beschäftigt, davon sind mehr als die Hälfte künstlerisch tätig, also vor allem Schauspieler, Sänger, Tänzer, Musiker, Dramaturgen. Hinzu kommen 153 Auszubildende und etwa 1500 sogenannte unständig Beschäftigte, meist Künstler, die nur für eine Produktion oder einen Abend zum Einsatz kommen. Mit dem öffentlichen Geld wird also die Infrastruktur eines künstlerischen Betriebes bezahlt, der dann mit dem von den Theatern und Orchestern selbst eingenommenen Geld die Kunst produziert. Das sind in Zahlen ausgedrückt in Baden-Württemberg je Spielzeit 600 Neuinszenierungen, knapp 9000 Veranstaltungen für fast 3 Millionen Zuschauer, davon etwa 1000 Sinfoniekonzerte. Und Privattheater oder Festivals sind darin noch gar nicht enthalten.

Genug der Zahlen. Sie sehen, das öffentliche Geld, das uns dankenswerterweise zur Verfügung steht, ist ausschließlich dazu da, für die Bürgerinnen und Bürger dieses Landes ein interessantes kulturelles Angebot zu produzieren. Also eine Investition in die Bildung hierzulande. Eine Investition in den kulturellen Austausch und in die Zukunft von Stadt im soeben beschriebenen Sinne. Eine Investition gegen den Zerfall einer Gesellschaft in ihre Einzelinteressen. Eine Investition gegen die Vereinsamung des Einzelnen in einer zunehmend durch die elektronische Kommunikation bestimmten Gesellschaft. Eine Investition in die Vielfalt, so dass wir nicht unseren Kanon herunterbeten, sondern aufgeschlossen sind für alles Neue, Andere, weltoffen im besten Sinne. Schließlich arbeiten schon heute in deutschen Theatern und Orchestern Menschen aus mehr als 90 Nationen der Welt. Und eine Investition in die Kreativität und Phantasie, ohne die wir die Schwierigkeiten, vor denen wir stehen, nicht werden meistern können. Und last but not least eine Investition in das dramatische und musikalisch-dramatische Schaffen hierzulande. Jedes Jahr kommen fast 1000 neue Stücke auf deutsche Bühnen. Es gäbe nicht Goethes Faust oder Schillers Wallenstein, wenn nicht schon zu deren Zeiten das Theater weit überwiegend durch den Kurfürsten finanziert worden wäre. Um das alles und nicht weniger geht es, wenn wir über die öffentliche Finanzierung von Kunst und Kultur sprechen.

Bevor wir nun zur leidlichen Frage des Bauens und Sanierens kommen, erlauben Sie mir einen kurzen Exkurs. Zurzeit interessiert sich die Politik in besonderem Maße für die Arbeitsbedingungen am Theater. Die Kulturstatsministerin Grütters war kürzlich wieder auf einer Theaterreise, diesmal in den neuen Bundesländern, um sich ein Bild zu machen. Am vergangenen Montag hat die nordrhein-westfälische Ministerpräsidentin Kraft einen ganzen Tag im Bonner Theater zugebracht, um sich vor Ort zu informieren. Mit Initiativen wie „art but fair“ und „Ensemble-Netzwerk“ macht die Branche auf sich und manche inakzeptable

Zustände aufmerksam. Nun, es wird zuweilen dabei auch übertrieben. Immerhin beläuft sich die monatliche Durchschnittsgage eines Schauspielers in Baden-Württemberg auf ca. 2800 Euro brutto. Die tariflich festgelegte Mindestgage für die Künstler am Theater beträgt aber nach wie vor nur 1765 Euro im Monat, ebenfalls brutto. Alle diese künstlerischen Mitarbeiter haben nur befristete Arbeitsverträge. Arbeitszeitrechtlich gilt die 48-Stunden-Woche. Und im Zuge der von den Theatern erwarteten Einnahmesteigerungen wurde der regelmäßige Produktionsausstoß zunehmend erhöht. Geldknappheit führte zur Reduzierung der Belegschaften, was wiederum den Arbeitsdruck erheblich steigerte. Das macht deutlich, dass jede Kürzung öffentlicher Gelder direkte Auswirkungen auf die im Theater praktizierten Arbeitsbedingungen hat, vor allem im künstlerischen Bereich, wo die geltenden Tarifverträge im Sinne der Freiheit der Kunst unverzichtbare arbeitsrechtliche Spielräume lassen, die dann leider zu Rationalisierungszwecken genutzt werden. Das ist weder im Sinne der den Künstlertarifvertrag Normalvertrag Bühne aushandelnden Gewerkschaften, sicher nicht, und nicht einmal im Sinne des Bühnenvereins, der ein Kulturverband ist, dabei aber als Arbeitgeberverband fungiert.

Und nun die Gebäudefrage: Es existiert ja zunächst das Problem, dass oft über Jahre nichts oder kaum etwas an den Häusern getan wurde. Das, was daraus entsteht, nennt man gemeinhin Sanierungsstau. Ihn zu beheben, ist nun einmal eine teure Angelegenheit. Ihn zu beheben, heißt aber auch, ein Theater zu modernisieren, was ihm meist neue Möglichkeiten eröffnet. So kann eine Probebühne, die eins zu eins der Hauptbühne in Größe und technischer Ausstattung entspricht, in erheblichem Umfang die täglichen Umbaukosten senken. Und die Sanierung eines Theaters enthält immer die Botschaft an die Zuschauer, dass der Politik das Theater wichtig ist, eine Botschaft, die weder das Theater noch die Politik unterschätzen sollte. Denn dem Theater schadet es, wenn ständig nur darüber gesprochen wird, dass es ein Problem ist. Dem Theater tut es hingegen gut, wenn die Politik sich über die Sanierung zu ihrem Theater bekennt. Und die Politik signalisiert mit der beabsichtigten Sanierung den Kulturinteressierten, also einem am Gemeinwesen interessierten Teil der Stadtbevölkerung, dass sie ihn schätzt. Das ist nicht unwichtig. Denn ich kenne bisher keinen Wahlkampf, den eine Partei mit einer gegen die Kultur gerichteten Politik gewonnen hat.

Nun wirft die Sanierung eines so komplizierten Theatergebäudes leider einige schwerwiegende Fragen auf. Das Theater ist zwar kein Flughafen, aber immerhin. Der Bühnenverein hat diese Fragen kürzlich ausgiebig diskutiert. Einige Leitgedanken lassen sich aus dieser Diskussion kurz zusammenfassen:

1. Es bedarf einer klaren Entscheidung, wer der Bauherr ist. Wer immer diese Rolle übernimmt - das Theater sollte sich aus meiner Sicht da eher zurückhalten -, bedarf dazu einer ausreichenden zusätzlichen Personalausstattung, um das Bauvorhaben steuern und kontrollieren zu können.
2. Bei der Vergabe von Dienst- und Werkleistungen ist von Vorschriften der Vergabeordnungen Gebrauch zu machen, die den Bauherren nicht zwingen, das unbedingt günstigste, um nicht zu sagen billigste Angebot zu wählen. Desaster wie bei der Hamburger Elbphilharmonie oder dem Berliner Flughafen lassen sich nur vermeiden, wenn die besten, gesündesten und die erfahrensten Unternehmen beauftragt werden. Das

- aber sind nicht immer die billigsten.
3. Ehrlich zu planen ist die Garantie zum Erfolg. Wer am Anfang versucht, das Sanierungsprojekt herunter zu rechnen, legt die Basis für die später eintretende Kostenexplosion. Ein sorgfältig geplantes Sanierungsvorhaben wird billiger sein als ein falsch kalkuliertes, bei dem die Wahrheit der Notwendigkeiten erst zum falschen Zeitpunkt und meist zu spät ans Tageslicht kommt. Nichts ist schlimmer und teurer, als dass man während des Sanierungsvorgangs mehrfach die Planung ändern muss. Deshalb muss das Theater – auch aus künstlerischen Gründen – von Anfang an sorgfältig in die Sanierungspläne einbezogen werden.
  4. Nicht an der falschen Stelle sparen! Es macht keinen Sinn, eine Sanierung so anzulegen, dass das Gebäude schon wieder veraltet ist, wenn die Sanierung abgeschlossen ist.

Doch das alles wird Sie nicht schützen vor mancher böser Überraschung, die jeden ereilen kann, der ein altes Gebäude saniert. Aber es garantiert Ihnen eine möglichst skandalfreien Umgang mit der Sanierung, was ja wieder sowohl für die Akzeptanz des Theaters als auch die Politik nicht unwichtig ist. Denn schließlich geht es beim Theater um ein lebenswichtiges Organ. „Das Herz der Stadt“ steht oben in Leuchtschrift am Theater Freiburg. Daran operiert man nicht, ohne sich vorher im Klaren zu sein, was auf einen zukommt. In diesem Sinne wünsche ich Ihnen für die Sanierung in Karlsruhe und in der Oper Stuttgart viel Erfolg. Und natürlich auch für Stuttgart 21! Da geht es zwar nicht um das Herz der Stadt, aber um so etwas wie die Beine, und auch da ist Sorgfalt geboten, wenn man nach der Operation noch laufen können möchte.

*Der Text ist urheberrechtlich geschützt.*